

ORDO

Call for Papers

Die Zukunft der Europäischen Union aus ordnungspolitischer Perspektive

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Nach mehr als 50 Jahren Vertiefung und Erweiterung hat das Vereinigte Königreich den Austritt aus der Europäischen beschlossen. Europaweit machen sich Europaskepsis und europakritische Parteien breit. Die Kritik: Zu viel Bürokratie und Zentralismus in Brüssel, hohe Verwaltungskosten, undurchsichtige Zahlungsströme, eine marktwidrige Agrarpolitik sowie eine brüchige Währungsunion, die nur durch immense Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank zusammengehalten werden kann. Es stellt sich die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union. Folgende und weitere Themenbereiche sollen in der nächsten Ausgabe von ORDO aus ordnungspolitischer Sicht beantwortet werden.

- * Verfassungsrechtliche Fragen der Europäischen Union, einschließlich der Rolle des EuGH im Europäischen Integrationsprozess.
- * Ordnungspolitische Aspekte der europäischen Energiepolitik.
- * Die Neuordnung der Europäischen Währungsunion.
- * Geldpolitik der EZB, nationale und europäische Finanzpolitik.
- * Fragen der europäischen Wettbewerbs- und Industriepolitik.
- * Europäischen Union und das Vereinigte Königreich nach dem Brexit.
- * Einkommensungleichheit und europäische Integration.
- * Die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik.
- * Subsidiarität und ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten.
- * Europäische Handelspolitik, Freihandelsabkommen und die Zukunft der WTO.
- * Zur Idee einer Sozialunion als europäische Daseinsvorsorge.
- * Wandel der europäischen Wirtschaftsordnung.

Die Einreichungen werden doppelt begutachtet und erscheinen bei erfolgreicher Begutachtung in Band 68 von ORDO Ende 2017. Senden Sie Beiträge an: manuskript@ordo-jahrbuch.de. Weitere Fragen richten sie an Prof. Dr. Gunther Schnabl (schnabl@wifa.uni-leipzig.de). Einsendeschluss ist der 15. Juli 2017.